

Drückeberger

Leute, die sich vor ihren Aufgaben drücken

Die seltsam irrationale Debatte um Luftverschmutzung, Verkehrsbeschränkungen und Fahrverbote lenkt die Aufmerksamkeit auch auf eine gesellschaftliche Entwicklung, die besorgt macht: Es gibt immer mehr Menschen, die sich vor ihren Aufgaben zu drücken versuchen.

Ein paar Beispiele:

- Der **Staat** müsste eigentlich dafür sorgen, dass die im Grundgesetz oder in den Menschenrechten garantierten Rechte auch gewahrt, oder erzeugt werden. - Dazu gehören unter Anderem Gesundheitsvorsorge, eine Umwelt, die nicht krank macht, keine Diskriminierung, gleiche Rechte für alle. Aber weder werden die vom Staat selbst beschlossenen Grenzwerte (Luftschadstoffe, Nitrat im Grundwasser) eingehalten, noch wurden die Selbstauskünfte der Automobilbranche ausreichend überprüft, um deren Betrug rechtzeitig aufzudecken. Weder wurden die Automobilfirmen zum Schadensersatz verpflichtet, noch will der zuständige Verkehrsminister irgend etwas tun, was die Lust am Autofahren mindert, auch, wenn die Maßnahmen sowohl der Luftreinhaltung, als auch einem besseren Verkehrsfluss dienen würden.
- Einige **Politiker** fallen mit Aussagen auf, die verraten, dass sie am Liebsten gar nichts tun würden. Es gibt Vorschläge, die Grenzwerte so zu ändern, dass man nichts tun muss, oder Grenzwerte und Messstellen zu überprüfen, obwohl man die selbst beschlossen hat. Ein besonders kühner meint, die Kommunen sollten gegen die Gerichtsentscheide vorgehen, um so Fahrverbote zu vermeiden oder hinaus zu schieben. Es soll also eine „öffentliche Hand“ (Kommunen) anderen „öffentlichen Händen“ (Gesetzgeber und Rechtsprechung) ins Handwerk pfuschen, nur damit der Herr Minister um unangenehme Entscheidungen herum kommt. Die Zeche (Prozesskosten und Anwaltskosten, aber auch eine eventuell länger als nötig andauernde Luftverschmutzung) trägt natürlich der Bürger. Dass er damit als Politiker und als Demokrat jegliches Vertrauen verspielt und dem Staat als Gemeinschaft aller schadet, interessiert diesen Mann nicht. Wenn aber der Bürger das Vertrauen in den Staat verliert, dann ist die Demokratie und der Staat in Gefahr. Dass es eines Abmahnvereins bedarf um den Staat überhaupt dazu zu bringen, die selbst gesteckten Ziele mit Hilfe der Gerichte auch einzuhalten, ist Skandal genug.
- Die **Wirtschaft** (vor allem die Autobranche, die wohl meinte, sie sei so groß, dass sich niemand trauen würde ihr zu widersprechen) hat versucht ihr unangenehme Entscheidungen durch Lobby-Arbeit (Beeinflussung der Politik) in ihrem Sinne zu verändern und durch Betrug sowohl die Kunden, als auch die indirekt Betroffenen (Anwohner, Kinder, Alte, Kranke) zu schädigen, nur um selbst noch besser zu verdienen. Wenn aber die Wirtschaft nicht mehr im Interesse der Menschen arbeitet, sondern sich im

Interesse der Aktionäre gegen sie stellt, dann muss sie sich nicht wundern, wenn ihre Glaubwürdigkeit leidet. Da wird dann immer der „Joker“ Arbeitsplätze gezogen, die verloren gehen könnten, wenn man die Autobranche (oder andere) nicht hätschele. Ja der Anteil der Arbeitsplätze, die mit der Autobranche zusammenhängen ist – allen Warnungen zum Trotz – auf fast 20 % gestiegen. Da aber Autos ein höchst unwirtschaftliches Gut sind (Der Wertverlust entspricht in 10 Jahren dem Anschaffungspreis und das obwohl sie täglich nur etwa zu 5 % genutzt werden und ansonsten nur weitere Kosten verursachen.), ist es höchst gefährlich das Wohlergehen einer Gesellschaft daran zu koppeln. Die Arbeitsplätze werden viel weniger durch eventuelle Beschränkungen gefährdet, als vielmehr durch Betrug und eine falsche Geschäftspolitik, die Entwicklungen verschläft und eine Politik die das Auto bevorzugte, obwohl eigentlich (Diskriminierungsverbot) alle Verkehrsteilnehmer die gleichen Rechte haben müssten. Nein, auf der Straße gilt das Recht des Stärkeren (über 150 PS bei Neuwagen im Schnitt!).

- Die **Autofahrer** (aber in anderen Politikfeldern auch Andere) hätten in stark belasteten Städten schon längst sich darum bemühen können möglichst weniger zu fahren, um die Umwelt zu schonen. Dass ihre Autos nicht so sauber sind, wie im Prospekt versprochen hätten sie beim Tanken immer wieder merken können. In Stuttgart hätten sie bei „Feinstaubalarm“ (der bei hoher Luftverschmutzung zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel aufruft), die Benutzung des Autos einschränken können, sei es durch Fahrgemeinschaften, Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel oder Fahrräder. Manche hätten auch Elektro-Autos oder Car-Sharing nutzen können. Aber dazu waren die Allermeisten zu bequem, um nicht zu sagen zu faul.
- Die **Bürger** wissen zwar, dass sie selbst auch durch Vorschläge, Kritik und durch Anfragen an die von ihnen Gewählten Einfluss ausüben können, allerdings nicht in dem Maße, wie es die Wirtschaft vermag. Außerdem ist es für viele unbequem sich hin zu setzen und ihr Anliegen klar und deutlich zu formulieren und den Text dann an Gemeinderäte oder Parlamentarier zu senden, oder sich an Ombudsleute zu wenden. Also belassen es Viele beim Klagen über die Zustände, meckern zwar über die Politik und unternehmen sonst nichts, oder nicht viel, um die Zustände zu verändern.

Was hier am Beispiel Automobil aufgezeigt wurde, spielt sich auch auf vielen anderen Ebenen ab. Egal, ob die Banken zu viel riskierten und der Steuerzahler sie retten musste, oder Reiche Steuern hinterziehen und empört sind, wenn sie auffliegen, ob angebliche Akademiker ihre Werke zusammenkopierten, weil sie meinten einen Titel zu brauchen, oder ob Bauern durch zu einseitige Bewirtschaftung und übermäßigen Einsatz von Dünger, Tiermedikamente (die Antibiotika entwerten) und Schädlingsbekämpfungsmittel die Umwelt und die Gesundheit schädigen, oder ob in Schulen und beim Studium unrealistisch gute Noten vergeben werden, oder ob Verkehrsteilnehmer Fahrerflucht begehen oder Passanten überall ihren Müll liegen lassen, fast überall drückt man sich vor der **Verantwortung für das eigene Tun**. „Das ist im System nicht vorgesehen.“ ist eine beliebte Ausrede, die die Schuld an Mängeln dem Rechner zuschiebt und nicht denen, die die Programme genau so bestellt haben. Das Ergebnis der Drückebergerei ist, das man meint, das machen alle so und man könne niemand mehr trauen.